

Tetens, Gönke

Article — Digitized Version

Den Krankenkassenwettbewerb stärken

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Tetens, Gönke (1996) : Den Krankenkassenwettbewerb stärken, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 7, pp. 324-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137367>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Konflikt zwischen Bundesgesundheitsminister Seehofer und den gesetzlichen Krankenkassen scheint sich durch die geplanten Eingriffe in die Beitragsautonomie weiter zuzuspitzen. Die Verantwortung für die Beitragssätze soll zwar grundsätzlich weiterhin bei den Krankenkassen liegen. Beitragserhöhungen werden aber zukünftig gesetzlich erschwert. Für dieses Jahr droht Seehofer darüber hinaus mit einem Beitragsstopp. Dies steht im Widerspruch zu der Gesundheitsreform, die auf eine stärkere Selbststeuerung des Systems ohne staatliche Eingriffe zielt. Zentraler Bestandteil ist dabei der auf die Wahlfreiheit der Mitglieder basierende Wettbewerb zwischen den Kassen. Der Funktionsfähigkeit dieses Wettbewerbs scheint Seehofer jedoch nicht zu vertrauen. Bei wirksamem Wettbewerb geben die Krankenkassen Kostenentlastungen im eigenen Interesse an die Versicherten weiter. Der Gesetzgeber müßte dann nicht dafür sorgen, daß die im Beitragsentlastungsgesetz vorgesehene Entlastung der Krankenkassen in Höhe von 7,5 Mrd. DM auch den Beitragszahlern zugute kommt.

Tatsächlich führt der Preiswettbewerb der Krankenkassen nur dann zu effizienten Ergebnissen, wenn die Versicherten die Kosten für die Leistungen in voller Höhe tragen. Durch die gesetzlich festgeschriebene Aufteilung der Beiträge auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber tragen die Versicherten bislang aber nur die Hälfte der Kosten. Die vom Arbeitgeber getragenen Kosten gehen nicht in das Kalkül der Arbeitnehmer ein, so daß die Befürchtungen Seehofers, daß der Wettbewerb der Krankenkassen zu ineffizienten Leistungsausweitungen statt zu Beitragssenkungen führt, insoweit berechtigt sind. Auch die Einkommensabhängigkeit der Beitragszahlungen und die beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen schwächen die Funktionsfähigkeit des Preiswettbewerbs.



Gönke Tetens

Den Krankenkassenwettbewerb stärken

Statt regulierend in den Markt einzugreifen, sollte der Gesetzgeber die Voraussetzungen für einen funktionsfähigen Wettbewerb schaffen, indem die Arbeitnehmer künftig mit dem vollen Beitragssatz belastet werden. Gleichzeitig wären die Löhne und Gehälter einmalig um den Arbeitgeberanteil zu erhöhen. Als Minimallösung könnte auch der Arbeitgeberanteil auf einen festen Beitragssatz eingefroren werden. Die Versicherten werden dann sensibler auf Beitragssatzunterschiede reagieren. Gleichzeitig wären auch die Lohnnebenkosten von den Gesundheitsausgaben abgekoppelt. Die Politik könnte sich dann endlich von dem ökonomisch nicht zu rechtfertigenden Ziel der Beitragssatzstabilität verabschieden.

Hoheitlich durchgesetzte Beitragssatzstabilität beeinträchtigt nämlich nicht nur die Entwicklung eines wichtigen Dienstleistungsreiches mit inzwischen mehr als 2 Mill. Beschäftigten, sondern mißachtet auch die Präferenzen der Versicherten für das superiore Gut Gesundheit. Angesichts des medizinischen Fortschritts, der Bevölkerungsentwicklung und der unterdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen in den personalintensiven Gesundheitsdienstleistungen können stabile Beitragssätze nur durch Ausgaben- deckelung erreicht werden. Dies

ruft aber die Gefahr einer Unterversorgung mit Gesundheitsgütern hervor.

Eine Ausgabendeckelung ist allerdings nur dann überflüssig, wenn den Krankenkassen auch auf der Ausgabenseite weitgehende Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Erst durch differenzierte Tarife, wie z.B. Beitragsrückerstattungen und Selbstbeteiligungen, können die Krankenkassen das Inanspruchnahmeverhalten der Versicherten gezielt steuern. Die bislang scheinbar unentgeltliche Leistungsabgabe führt zu maximaler Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen. Dieses als "moral hazard" bezeichnete Verhalten der Versicherten ist insbesondere bei konsumnahen Gesundheitsleistungen wie Kuren relevant und führt zum Marktversagen.

Eine Fehlsteuerung geht derzeit aber auch von den Anbietern von Gesundheitsleistungen aus, denen eine größere Bedeutung als bei jedem anderen Gut zukommt. Diese können aufgrund ihres Informationsvorsprungs eine Übernachfrage nach Gesundheitsleistungen provozieren. Die Kassen müssen daher die Möglichkeit erhalten, anreizkompatible Behandlungsverträge mit einzelnen Anbietern abzuschließen. Die Versicherten werden dann zwischen kostengünstigen, ihren eigenen Präferenzen entsprechenden Leistungsangeboten wählen können.

Die individuellen Präferenzen können mit Sicherheit nicht durch den zur Zeit bestehenden einheitlichen Leistungskatalog zur Geltung gebracht werden. Die Verwaltungsausgaben sind der einzige Bereich, in dem die Kassen sich derzeit profilieren können. Der Kassenwettbewerb wird aber nur dann die reformpolitisch erwünschten Ergebnisse hervorbringen, wenn er konsequent als prioritärer Allokationsmechanismus implementiert wird. Durch Eingriffe in den Preismechanismus werden Wettbewerbsdefizite jedenfalls nicht überwunden.